

# Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,  
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal  
Freitags.

Anzeigen, die viergespaltene  
Reizzeile 20 Pf.

Im Abonnement nach Nebereinkunft.  
Schluß der Redaktion  
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich  
1 Mark bei jedem Postamt und in  
der Expedition.  
Postzeitungspreisliste Nr. 2304.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin O.,  
Münchebergerstr. 15.

## des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dumcker).

Nr. 21.

Berlin, den 25. Mai 1900.

XI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an H. Bahlke, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, Geldsendungen an F. Liebau, Berlin O., Müncheberger-Strasse 15, zu adressieren.

### Handwerker-genossenschaften.

Der Gelehrtenstreit um den „goldenen Boden“, den das Handwerk einst hatte, dauert fort. Der eine Professor empfiehlt das Allheilmittel, der andere Senes. Und dabei bleibt Alles beim Alten, die Handwerker „wursteln“ sich so durch. Unser unvergeßlicher Schulze-Delitzsch kannte wie selten Einer die Sorgen der Handwerker, er sprach die prophetischen Worte: „Die Assoziationen mit der ganzen Macht und Fülle ihres Prinzips sind für den Handwerker die Innungen der Zukunft.“

Leider wird dieser Ausspruch wenig beherzigt. Ja, die „mittelstandsretterische“ Presse ist schon drauf und dran, gegen die Gründung von Rohstoffgenossenschaften im Handwerk Front zu machen. Natürlich ist sie nicht in der Lage, anderweit brauchbare Vorschläge zur wirtschaftlichen Hebung des Handwerks zu machen. Diese Mittelstandsretter haben eben stets den großen Mund in der Theorie, in der Praxis aber werden sie still, ganz still . . . , da finden sie sich aus drei Birken nicht heraus.

Man kann zugeben, daß sich der genossenschaftlichen Idee vielleicht nirgends so große Schwierigkeiten in den Weg stellen als auf dem Gebiete des Handwerks. Andererseits muß aber auch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß der einmal erweckte genossenschaftliche Geist vielleicht nirgends so schöne Früchte zeitigt, als gerade hier. Die Idealzeit des deutschen Handwerks, die das Sprichwort vom „goldenen Boden“ prägte, die Zeit, in der die Handwerksmeister in den Städten die führende Rolle spielten und die Kommunalpolitik im Wesentlichen diktierten, jene Zeit, in die sich noch heute der sehnsuchtsvolle Traum des deutschen Handwerkers zurückversetzt, sie war die Zeit der freien Gilden und Zünfte, sie hob den Handwerker durch innigen Zusammenschluß mit Seinesgleichen auf einer Grundlage, die viel mit dem Wesen der Genossenschaft gemein hat. Der alte, besonders im deutschen Volke lebende Gedanke des Zusammenschmelzens vieler Schwachen zu einem Mächtigen, er war wirksam im deutschen Handwerk; warum sollte er es nicht wieder werden?

Zwei Hindernisse sind es insbesondere, die der Gründung von Genossenschaften in Handwerkerkreisen entgegenstehen: Der Konkurrenzneid und die wirtschaftliche Abhängigkeit des Handwerkers von seinem Lieferanten. Die Wirkungen des ersteren ist nur durch Belehrung entgegenzutreten; immer und immer wieder muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß mit Hebung des ganzen Standes auch der Wohlstand des Einzelnen sich hebt, insbesondere aber, daß nicht etwa die Genossenschaft sich zum Ziele setzt, die Tüchtigkeit und Fähigkeit der Einzelnen zu nivellieren! Das eigentlich im Handwerk Konkurrirende, die Geschicklichkeit und Kunstfertigkeit des Einzelnen, wird durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß nicht berührt.

Mögen Handwerker sich zum gemeinschaftlichen Bezug ihrer Rohmaterialien vereinen, mögen sie zur Erleichterung ihres Absatzes zu einer Magazingenossenschaft zusammentreten, oder mögen sie endlich

durch gemeinsame Errichtung einer Betriebsstätte mit maschinellen Anlagen dem Einzelnen die Vortheile des Maschinenbetriebes zugänglich machen; stets werden dadurch nur Vorbedingungen für eine möglichst nutzbringende Thätigkeit geschaffen. Der eigentliche Kern, die mehr oder weniger hervorragende Leistung des Einzelnen, bleibt unberührt. Der fleißigere und geschicktere Meister braucht nicht zu befürchten, daß er durch Zusammenschluß mit vielleicht weniger tüchtigen Kollegen zwar deren Niveau hebt, sein eigenes aber herabdrückt.

Der zweite Punkt, die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Lieferanten, ist derjenige, der am meisten von den Gegnern der genossenschaftlichen Bewegung im Handwerk für ihre Zwecke ausgebeutet wird. Diese Abhängigkeit wird als gegebener Zustand, ja geradezu als eine wirtschaftliche Nothwendigkeit betrachtet: da unter den heutigen Verhältnissen die übergroße Mehrzahl der Handwerker lange Zeit, oft ein und zwei Jahre, bei der Kundschaft auf ihr Geld zu warten genöthigt seien, so müßten sie eben auch bei ihren Lieferanten den gleichen langfristigen Kredit in Anspruch nehmen. Daß diesen Krebschäden gerade der genossenschaftliche Zusammenschluß abhelfen soll und kann, wird entweder mit Stillschweigen übergangen oder rundweg geleugnet. Nur die bemittelten Handwerker, so führt man aus, könnten überhaupt den von einer Genossenschaft an sie gestellten Ansprüchen in Bezug auf Einzahlungen und auf kurzfristige, monatliche oder vierteljährliche Abrechnung gerecht werden, wenn also eine Handwerker-Genossenschaft ihren Zweck, Allen, auch den Unbemittelten zu helfen, erfüllen wollte, so müßte sie sich den heutigen Verhältnissen im Gewerbe anpassen, langfristige Kredite gewähren, mehr oder minder gewagte Risiken eingehen und daher mit umfangreichen Verlusten rechnen. Abgesehen davon, daß die Betonung der Einzahlungen unwillkürlich den Anschein erweckt, als handle es sich um Riesensummen, während doch thatsächlich ganz geringe Beträge, die jeder, auch der wenig Bemittelte, erübrigen kann, in Frage stehen, liegt ein Fehlschluß darin, daß für die Handwerker-Genossenschaften die Nothwendigkeit behauptet wird, Kredit an ihre Mitglieder gewähren zu müssen. Hier tritt helfend die speziell der Kreditbeschaffung dienende Schwesterngenossenschaft ein. Eine große Aufgabe winkt ihr: die Befreiung des kleinen Handwerkers aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von seinem Lieferanten. Ist der Handwerker tüchtig in seinem Berufe, so wird kein in genossenschaftlichem Geiste geleiteter Vorschussverein ihm den erforderlichen Kredit verweigern, getreu dem alten Schulze-Delitzsch'schen Grundsatz, daß auch die Persönlichkeit und die Arbeitskraft beliehen werden können. Ist es aber auf diese Weise dem Handwerker gelingen, die bei seinem Lieferanten kontrahirten Schulden abzutragen und von ihm sich loszumachen, ist er erst im Stande, zu kaufen wo er will, dann ist die Bahn frei für die Ausbreitung der Genossenschaften, insbesondere in diesem Falle der Rohstoff-Genossenschaften.

Die großen Vorzüge dieser Genossenschaften sind: die Vortheile des Großbezugs, die Erlangung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit, das Entbehrliehwerden eines eigenen Rohmaterialienlagers für den

Einzelnen, die aus dem Geschäftsüberschusse an die Mitglieder vertheilt, stets willkommenen kleinen Ersparnisse und nicht zum wenigsten die Pflege und Erhaltung des Gemeingeistes, sind schon so oft eingehend dargestellt worden, daß hier davon abgesehen werden kann; sie werden im Ernst auch kaum bestritten werden können.

Die Gründung und Leitung solcher Genossenschaften sind mit großen Schwierigkeiten gar nicht verknüpft. Eine praktische Anwendung giebt das Buch „Handwerker-Genossenschaften“ von Dr. Hans Crüger. Auch ist der „Allgemeine Verband des Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Charlottenburg b. Berlin“ stets gern bereit, die Gründung neuer Genossenschaften mit feinem Rathe zu unterstützen.

Wir werden die Gründung derartiger Meisterverbände immer gern sehen . . . , machen die Arbeitgeber gute Geschäfte, werden sie die Arbeitnehmer auch das verdienen lassen, was ihm eine entsprechende Lebenshaltung ermöglicht.

### Hohe Lebensmittelpreise, — ihre Wirkungen!

„Wie wirken hohe Lebensmittelpreise?“ betitelt sich ein Heftchen der von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin herausgegebenen „Volkswirtschaftlichen Zeitschriften.“ Professor Loß als Verfasser zeigt an der Hand einer Anzahl Haushaltungsbudgets, daß es zwei Arten von Konsumgegenständen giebt, auf deren Absatz eine Vertheuerung durchaus verschieden wirkt. Die eine Gruppe bilden solche Waaren, die auch bei einer Vertheuerung gekauft werden müssen, die andere solche, deren Verbrauch eingeschränkt werden kann, deren Absatz also „nicht durch Preiserhöhung lohnend gestaltet werden kann, außer soweit der Verbrauch der kleinen Schicht, die man die oberen Zehntausend nennt, in Betracht kommt.“ Will man die Frage untersuchen, wie die Vertheuerung nothwendigen Verbrauchs auf die Volkswirtschaft wirken muß, so sind zwei Fälle denkbar. Der günstigere Fall ist, daß bei erhöhten Ausgaben für unentbehrlichen Bedarf den Lohnarbeitern entsprechende Theuerungszulagen gegeben werden. Abgesehen davon, daß der kleine selbständige Handwerker und Ladenbesitzer derartige Zulagen nicht beziehen kann, so werden sie auch für Lohnarbeiter, wenn sie ihnen überhaupt gegeben werden können, nicht die Wirkung haben, die sich unsere Schutzöllner häufig davon versprechen. In dieser Hinsicht schreibt Loß:

„Theuerungszulagen sind nur Erhöhungen des Nominallohnes. Sie ermöglichen bestenfalls die Fortführung der bisherigen Lebenshaltung, nicht aber deren Steigerung. Wer wegen knappen Einkommens bisher schon wenig Fleisch und Zucker konsumirt hat, kann diesen Verbrauch nicht steigern. . . . Tritt hierzu eine auf Erhöhung der Fleisch-, Milch-, Butterpreise gerichtete Politik, so hat der Landwirth, der diese Artikel produziert, zwar die Aussicht, hohe Preise fordern zu können, aber der Massenverbrauch pflegt im selben Verhältnis, wie die Preise dieser entbehrlicheren Produkte der Landwirtschaft steigen, sich einzuschränken. Es bleibt also bloß die Versorgung der kleinen wohlhabenden Minorität gewinnreich.“

Der zweite, weitaus überwiegende Fall ist, daß die in knappen Verhältnissen lebenden Familien Theuerungszulagen nicht empfangen. Dann haben natürlich zunächst der Kleingewerbetreibende, der Kleinhändler, der Arbeiter selbst den Schaden, aber nicht sie allein. Der steigende Brodpreis zwingt zur Einschränkung der Wohnungsansprüche mit ihren Gefahren für die Gesammtheit, die Leistungen der Arbeiter gehen zurück, der Absatz der Industrie, namentlich der für den Massenverbrauch arbeitenden, auf dem inneren Markt verringert sich, und die Landwirtschaft bleibt auch nicht verschont.

„Wenn“, sagt Loß, „ohne Vergrößerung des Einkommens mehr für Brod auszugeben ist, so bleibt nothwendig weniger für andere Dinge übrig, mögen die Preise für Fleisch, Zucker, Butter, Eier, Milch gleich bleiben oder — wie man vorschlägt — auch gesteigert werden.“

Schränken die breiten Massen der Bevölkerung nun den bis jetzt schon oft allzu spärlichen Verbrauch an entbehrlicheren landwirtschaftlichen Produkten, an Fleisch, Zucker, Milch, Butter, Obst ein, so wird die gesamte Landwirtschaft, soweit sie nicht vom Getreideverkauf Nutzen zieht, durch Verringerung ihres Absatzes sicher geschädigt; dies heißt: in denjenigen Zweigen, in welchen besonders der bäuerliche Betrieb einen Vorsprung vor dem Großgrundbesitz hat, in denjenigen Zweigen ferner, in welchen normaler Weise unsere Landwirtschaft in der Nähe der Städte trotz aller überseelichen Konkurrenz eine große Zukunft haben würde, tritt eine Verringerung des möglichen Absatzes ein, die durch Preiserhöhung der entbehrlicheren Produkte nur noch gesteigert, aber nie dadurch bekämpft werden kann.“

### Rundschau.

Unsere Breslauer Kollegen sind in den Generalstreik eingetreten, etwa 2000 Bau- und Möbeltischler haben die Arbeit niedergelegt. Der Ausstand wurde in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung proklamirt durch Annahme folgender Resolution:

„Nachdem die Zeit vom 1. Mai bis heute, in der die Forderungen der Tischler den Arbeitgebern sämmtlich zugegangen sind, fruchtlos verstrichen und das Resultat als ein negatives zu bezeichnen ist, wird — um ein schnelles Handeln beider Parteien zu befördern — beantragt: Montag früh haben sämmtliche Tischler die Arbeit bis auf Weiteres ruhen zu lassen. Die Lohnkommission wird beauftragt, Wege zu suchen, welche zu einem endgültigen annehmbaren Frieden führen.“

Die Ausständigen haben nachstehende sechs Forderungen aufgestellt: 1) Eine tägliche Arbeitszeit von neun Stunden. 2) 20 Prozent Zuschlag zu den bestehenden Löhnen, Kostgeldern und Akkordpreisen. Unverkürzte Weiterzahlung des Kostgeldes bis zur Fertigstellung der Arbeit. 3) Sicherstellung eines Minimallohnes von 18 Mark. 4) Abzüge für Maschinenarbeit sind unzulässig. 5) Abschaffung der Ueberstunden und Sonntagsarbeit. 6) Aufstellung eines Lohnstarifes für Spezialarbeiten und 10 Pfg. Zuschlag pro Stunde für Stadtmontage.

Und fallen sah' ich Zweig um Zweig . . . Die Zwangsinnung der Schneider in Döbeln (Sachsen) hatte sich in einer außerordentlichen Hauptversammlung mit einem Antrage auf Auflösung der Zwangsinnung zu beschäftigen. Der Antrag wurde nach lebhafter Debatte mit großer Mehrheit angenommen. — In Zittau (Sachsen) wurden in den Vorstand der Schneider-Zwangsinnung lauter Innungsgegner gewählt. An der Auflösungs-Zweidrittel-Mehrheit fehlten nur wenige Stimmen . . . Und das bei den hellen „Sächsern“, die f. Zt. am Meisten für die Zwangskasse getobt haben!

Die Zwangsinnung der Essener Schuhmacher liegt im Sterben. In der letzten Innungsversammlung sprachen sich 90 gegen 34 Mitglieder für die Auflösung aus. Es fehlten also nur 3 Stimmen an der für einen solchen Beschluß statuarisch erforderlichen Dreiviertel-Mehrheit. In der nächsten Sitzung werden sich die schon einfinden!

Sieben brave Kollegen! Ein großer Blumenkranz auf dem Fahrdamme der Stockgasse in Breslau lenkte kürzlich die Aufmerksamkeit des Publikums auf sich. Ein großer Kreis von Menschen versammelte sich um den Kranz, der über einem quadratischen, in das Pflaster eingesenkten Steine lag. Mit diesem Kranze ehrte man das Gedächtniß von sieben Tischlergesellen, die am 20. April 1844 bei einem großen Brande in dem Hause Stockgasse und Ecke der Gerbergasse um's Leben kamen. Der Stein trägt diese Jahreszahl und wird bei jeder Neu- oder Umpflasterung pietätvoll wieder eingefügt. Der schöne Brauch, den Gedenkstein zu betränzen, ist diesmal schon das 56. Mal geübt worden.

Eine Pleite mit allen Chikanen, die in den Kreisen der Berliner Tischler f. Zt. ziemliches Aufsehen erregte, gelangte dieser Tage vor der 7. Strafkammer des Landgerichtes I zur Verhandlung. Der Prozeß nahm zwei volle Tage in Anspruch. Auf der Anklagebank befanden sich der Holzbildhauer Heinrich Ziemer und dessen Nefse, der Tischler Heinrich Groth, Ziemer wegen wiederholten Betruges und Bergehens gegen die Konkursordnung, Groth wegen Anstiftung, beziehungsweise Beihilfe zu diesen Bergehens. Ziemer hat im Osten Berlins eine Rolle gespielt, er galt als ein wohlhabender Mann. Den Gläubigern wurde eine böse Ueberraschung, als im Sommer des vorigen Jahres Ziemer in Konkurs gerieth. Die Aussichten auf Befriedigung waren die denkbar trübsten, einer Schuldenlast von etwa 50 000 Mk. stand eine kaum nennenswerthe Aktivmasse gegenüber. Durch die umfangreiche Beweisaufnahme wurde festgestellt, daß Ziemer das Vertrauen zahlreicher Personen aufs Schmachlichste gemißbraucht hatte. Er hatte sein Geschäft im Jahre 1895 gegründet und es nach und nach auf solche Höhe gebracht, daß er zeitweise 6 bis 8 Gesellen beschäftigte. Er machte seinen Neffen zum Geschäftsführer und überließ ihm die ganze gewerbliche Leitung. Ziemer war Mitglied der „Gastwirtschaftlichen Bank und Einkaufs-Genossenschaft“, sowie der „Spar- und Leihbank des Frankfurter Thorbezirks“. Beide Banken diskontiren ihren Mitgliedern nur Geschäftswechsel, keine Gefälligkeitswechsel. Der Angeklagte ließ sich Kellereiwchsel und solche von durchaus mittellosen Personen diskontiren, indem er versicherte, daß es gute Kundenwechsel seien. Als der Zusammenbruch erfolgte, hatten die Banken einen erheblichen Schaden zu tragen. Einen Tischlermeister hatte der Angeklagte um etwa 6000 Mk. betrogen, indem er, der Vorgenmitglied war, ihm vorpiegelte, daß jedes Mitglied der Landesloge ein Vermögen von 30 000 Mk. nachweisen müsse, um aufgenommen zu werden. Der Tischlermeister glaubte ihm und gab immer neue Darlehen. In ähnlicher Weise wußte Ziemer von anderen ihm bekannten Personen Darlehne zu erzielen. Ein Schankwirth gab zwei Spartassenbücher über erhebliche Beträge her, weil Ziemer behauptete, daß er sich nur wegen Lohnzahlung in einer augenblicklichen Verlegenheit befinde. Er versprach, die Bücher nach einigen Tagen zurückzugeben, hat sein Versprechen aber niemals erfüllt. Beim Ausbruche des Konkurses stellte sich heraus, daß Ziemer seinem Neffen, der bei ihm Kost und Wohnung erhielt, zur Befriedigung angeblicher Lohnforderungen seine ganze Werkstatteinrichtung in die Hände gespielt hatte. Es wurde angenommen, daß der Mitangeklagte Groth von den Verhältnissen seines Onkels genaue Kenntniß und ihm sowohl bei den Betrügereien wie zum Konkursvergehen Beihilfe geleistet hatte. Der Staatsanwalt gelangte auf Grund der Beweisaufnahme nur zu der Ueberzeugung, daß Groth sich der Beihilfe zum Konkursvergehen schuldig gemacht habe, Ziemer dagegen im vollen Umfange der Anklage überführt sei. Er beantragte gegen Ziemer drei Jahre Gefängniß und fünfjährigen Ehrverlust, gegen Groth sechs Monate Gefängniß. Es gelang den

Verteidigern, einige der gegen Biemer vorliegenden Betrugsfälle zur Ausscheidung zu bringen; der Gerichtshof ging bei diesem Angeklagten aber noch über das beantragte Strafmaß hinaus, indem auf drei Jahre sechs Monate Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust erkannt wurde. Groth wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurtheilt.

**Die Thätigkeit der Gewerbegerichte.** Die Einigungsämter der Gewerbegerichte fangen in Deutschland mehr und mehr an, eine für den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bedeutende Rolle zu spielen. Der Verband deutscher Gewerbegerichte sammelt jetzt die Erfolge der Einigungsämter und stellt dieselben zusammen, — gewiß ein sehr verdienstvolles Werk. „Das Gewerbegericht“ heißt das Verbandsorgan. Auch in seiner letzten Nummer bringt dasselbe eine Reihe von Erfolgen, die an verschiedenen Orten durch Einigungsämter erzielt worden sind. Die Gewerbegerichte Berlin, Bremen, Darmstadt, Gannstatt, Königsberg, Krefeld, Pforzheim, Würzburg sind als Einigungsämter mehr oder weniger ständig geworden. In Berlin ist jetzt das Gewerbegericht in die freie Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer förmlich hineingewachsen. Schon bei dem großen Berliner Bauarbeiterstreik des vergangenen Jahres hat das Gewerbegericht Berlin als Einigungsamt sich nicht damit begnügt, eine von den Beteiligten gebildete Kommission einzusetzen, sondern selbst eine Oberinstanz geschaffen, so daß es später in der Lage war, auf Grund eines solchen Vertrages einen Schiedsspruch mit obligatorischer Wirkung (ohne Rücksicht auf die Annahme oder Ablehnung durch die Parteien) abzugeben. Jetzt ist in den Streitigkeiten im Berliner Tischlergewerbe ein weiterer Schritt geschehen, indem der dort eingesetzten Nützener-Kommission von vornherein ein Vorsitzender des Gewerbegerichts als Spitze gegeben wurde. Mit Recht betont das genannte Organ, daß weit wichtiger noch als eine derartige Schlichtung die Verhütung gewerblicher Streitigkeiten ist. In dieser Beziehung liegt aus Mainz, wo ein drohender Schuhmacherstreik noch vor seinem Ausbruch durch das Gewerbegericht verhindert wurde, und namentlich aus Bremen ein bemerkenswertes Beispiel vor. Schon im Jahre 1896, als im Hamburger Hafnarbeiterstreik durch die Hartnäckigkeit der Unternehmer eine Einigung unmöglich gemacht wurde, zeigte sich die segensreiche Wirkung dieser Institution in Bremen, wo es den friedestiftenden Bemühungen des Gewerbegerichts gelang, den Hafnarbeiterstreik an der Wesermündung in wenigen Tagen zum Abschluß zu bringen, während an der Elbe der Mündungshafen monatelang unter Sperre lag. Jetzt berichtet das Gewerbegericht Bremen in seinem Jahresbericht über das vergangene Jahr, wie es bei erneuten Meinungsverschiedenheiten im Stande war, die Arbeitseinstellung von vornherein zu verhüten. Welches Ansehen diejenigen Gewerbegerichte genießen, die einigungsamtliche Erfolge aufzuweisen haben, zeigt sich auch darin, daß sie zu einer Thätigkeit über ihr Amtsgebiet hinaus förmlich genöthigt werden. So wurde der Vorsitzende des eben genannten Gewerbegerichts Bremen aus einem benachbarten, schon in Hannover belegenen Orte angegangen, sich für dortige Streitigkeiten wenigstens insoweit zu interessieren, daß er eine andere Behörde zur Vermittlung anregte. In mehr organischer Form ist diese Wirksamkeit über die Grenzen des eigenen Amtsprengels hinaus in solchen Fällen lebendig geworden, wo ein Streik ganz Deutschland betraf, aber doch nur von einer Stelle aus geschlichtet werden konnte. So hat schon im Jahre 1896 bei dem drohenden Ausbruch des deutschen Buchdruckerstreiks das zur Schlichtung angerufene Gewerbegericht Leipzig es verstanden, ohne Ueberschreitung seiner gesetzlichen Kompetenz die Einigung in ganz Deutschland herbeizuführen. Und ebenso ist im Februar d. J. der Streik der deutschen Formstecher durch das Gewerbegericht Köln allein mit thatsächlicher Wirkung für ganz Deutschland beigelegt worden. Dies sind höchst erfreuliche Erfolge, die an Zahl sicher zunehmen werden, wenn erst das Verständnis für die Einigungsämter in immer weitere Kreise gedrungen sein wird.

**Das dicke Ende!** Die preussische Centralgenossenschafts-Kasse war eben gegründet worden. Das preussische Handelsministerium beiclte sich, die Probe auf das Exempel zu machen und bildete im Gegensatz zu den Schulze-Delitzsch'schen Vorschukvereinen in Ablehnung an die Innungen besondere Handwerksgenossenschaften. An der Spitze dieser Versuchskaninchen marschirte die Stadt Halle an der Saale kühlem Strande. Dort ging sofort an das Gründen einer ganzen Hand voll von Innungskassen, auch eine Centralkasse durfte nicht fehlen. So kam Halle in den Ruf einer preussischen Musterstadt für Genossenschaftswesen.

Aber die Freude war von kurzer Dauer, jetzt ist das dicke Ende schon nachgekommen. Die Spar- und Darlehnskasse der Schneiderinnung hat die Liquidation beschlossen. Die anderen Innungs-Spar- und Darlehnskassen werden folgen. Die Mitglieder sämtlicher Kassen werden sich der allgemeinen Handwerkerkasse anschließen.

Damit geschieht nur, was verständige Leute schon vorausgesehen hatten. Die künstlichen Abweichungen von Schulze-Delitzsch's Lehren taugen für die Handwerker eben so wenig wie für die Arbeiter. Die Verhältnisse der Handwerker waren Schulze am Genauesten bekannt und gerade für sie ist die Organisation der Volksbanken und Vorschukvereinen zugeschnitten. Die Zersplitterung der Kräfte in mehrere Kassen geringen Umfangs mit dem Oberbau kleinerer Centralkassen, die auf dem Lande infolge der dortigen Wohn- und Verkehrsver-

hältnisse ihre guten Gründe hat, wird zur Thorheit, zur Verschwendung und zum Ruin des Credits, wenn sie künstlich in die großstädtischen Verhältnisse übertragen wird. Eines schickt sich nicht für alle — das muß auch das Ministerium durch das Schicksal der von ihm mit großen Kosten aufgepäppelten Innungskassen lernen.

**Buchdruckerverband und Sozialdemokratie.** Der deutsche Buchdruckerverband wird schon seit geraumer Zeit mit offenen und versteckten Angriffen in der sozialdemokratischen Presse und in sozialdemokratischen Versammlungen bedacht. Auch das Verbandsorgan der Buchdrucker, der in Leipzig erscheinende „Correspondent“, hat mannigfache Anrempelungen erfahren. Neuerdings ist dem „Correspondent“ in einer Buchdrucker-Versammlung in Hamburg von einem Gauvorsteher vorgeworfen worden, daß er gegen die Sozialdemokratie vorgehe und seine Schreibweise ändern müsse. Die Antwort des Redakteurs des „Correspondent“ ist nicht ohne allgemeines Interesse. Derselbe führt die Feindschaft gewisser sozialdemokratischer Kreise gegen den Buchdruckerverband auf dessen gewerkschaftliche Neutralität und darauf zurück, daß er es ablehne, den Verband als eine Rekrutenschule für die Sozialdemokratie zu betrachten. Dann heißt es weiter;

„Wir betrachten es als ein Armuthszeugniß sonder gleichen, wenn eine in sich gefestigte Organisation mit 28 000 Mitgliedern und einem Kapital von über drei Millionen Mark bei jedem Schritte im gewerkschaftlichen Leben fragen soll: „Ja, was sagt die Partei dazu?“ Damit wäre eine große, selbstständige Organisation, wie wir bereits 1896 in Halle ausführten, zu einem sozialdemokratischen Diskutirklub heruntergedrückt. Die Gefinnungsriechelei, die in Kollegentreifen getrieben wird, ist geradezu widerlich. Um Gotteswillen, nur ja tüchtiger „Genosse“ sein, sonst ist's gefehlt an allen Ecken und Enden. Und wie viele tüchtige Kollegen haben wir, die da freudig jederzeit ihre Existenz in die Schanze geschlagen haben, wenn es unserer Organisation galt, ohne aber Sozialdemokraten zu sein. Und die Gründer unserer Organisation waren glücklicherweise keine Sozialdemokraten. Für die Gewerkschaftsbewegung betrachten wir die Sozialdemokratie nicht als förderlich, und je drastischer der „Genosse“ in der Gewerkschaftsbewegung hervortritt, desto schädlicher ist es für die betreffende Organisation.“

**Wer bezahlt die Kosten?** Die Handwerkskammer in Liegnitz hat sich in ihrer ersten Sitzung auch mit der Frage beschäftigt, in welcher Weise die Unkosten der Handwerkskammern aufzubringen sein werden. Der Etat speziell der Liegnitzer Kammer beträgt rund 15 000 Mark für das erste Jahr, für welche jede Deckung fehlt. Der Regierungskommissar führte in jener Sitzung aus, daß die aus der Errichtung und Thätigkeit der Handwerkskammern erwachsenden Kosten, soweit sie nicht durch die laufenden Einnahmen gedeckt werden, von den Gemeinden des Bezirks zu tragen seien. Die Gemeinden seien jedoch ermächtigt, die auf sie entfallenden Antheile auf die einzelnen Handwerksbetriebe umzulegen. An Stelle der Gemeinden kann die Landes-Centralbehörde den weiteren Kommunal-Verbänden (Provinzialverbänden u. s. w.) die Aufbringung der Kosten auferlegen. Diese Verbände haben nicht die Befugniß, die Kosten auf die einzelnen Handwerksbetriebe umzulegen. Die Staatsregierung sei gegenwärtig mit dieser Frage beschäftigt, da dieselbe gleichmäßig geregelt werden solle. Eine Ueberlastung der Handwerksbetriebe werde nicht eintreten. Zunächst würden die Kosten von den Gemeinden eingezogen werden.

Inzwischen hat nun die Regierung eine Entscheidung getroffen. Sie hat bestimmt, daß die Kosten auf die einzelnen Handwerksbetriebe umgelegt werden sollen, sodaß also die Handwerkskammern sich selbst zu erhalten hätten. Im Wesentlichen war das auch die Ansicht der Mehrheit der Mitglieder der Liegnitzer Handwerkskammer, obwohl sich auch gegentheilige Stimmen hören ließen. Man wies namentlich darauf hin, daß auch die Handels- und die Landwirtschaftskammern sich durch die Beiträge ihrer Mitglieder erhalten. Nur über die Höhe des Beitrages und darüber, welche Betriebe als beitragspflichtig anzusehen seien, war man noch verschiedener Meinung.

Jetzt sollen nun laut Ministerialverfügung die Handwerksmeister mit je 1 Mk. jährlich herangezogen werden. Für jeden Handwerksgehilfen und Lehrling sind besonders 50 Pfg. zu entrichten.

Nun kämen im Regierungsbezirk Liegnitz etwa 20 000 Handwerker in Betracht. Die brächten ja mehr ein, als die Sache kostet. Da muß also der Einheitsatz ermäßigt werden, diejenigen Betriebe, welche ohne Gehilfen arbeiten, müssen ganz freigelassen werden.

Am Klügsten aber wäre es wohl gewesen, wenn der Kostenpunkt erledigt worden wäre, ehe die Handwerkskammern ihre Thätigkeit begonnen hätten!

**Kontraktbruch.** Auf eine Entschädigungszahlung von 12 Mk. klagte vor dem Gewerbegericht Königsberg Ostpr. der dortige Tischlermeister Haarnack gegen den Tischlergesellen Rahmert. Derselbe hatte bei dem Meister die Anfertigung von acht sogenannten Vierfüllungsthüren auf Akford übernommen, für die er pro Stück einen Lohn von 4 Mk. erhielt. Nachdem ihm beinahe der volle Lohn im Voraus ausgezahlt worden war, ließ er die unfertige Arbeit, da ihm inzwischen eine lohnendere Beschäftigung angeboten war, liegen und blieb, ohne vorher gekündigt zu haben, von seinem alten Arbeitgeber fort. In der Verhandlung gab er an, daß er die Absicht gehabt habe, nach Fertigstellung der neuen Arbeit die frühere wieder aufzunehmen. In Anbetracht des Umstandes, daß Kläger thatsächlich

einen ihm durch das plötzliche Niederlegen der Arbeit seitens des Gesellen erwachsenen Schaden nachzuweisen im Stande war, außerdem bei Akkordarbeiten für beide Theile das Gesetz eine 14tägige Kündigung vorsieht, wurde dem Antrage des Klägers zufolge der beklagte Geselle zur Zahlung der eingeklagten 12 Mk. als Schadenersatz sowie zur Tragung der Kosten verurtheilt.

**Ueber das Streikpostenstehen** sind die Gerichte recht verschiedener Ansicht. Die Polizei sieht das Streikpostenstehen als gegen die öffentliche Ordnung verstößend an. Auch das höchste preussische Gericht, das Kammergericht, hat sich dieser Auffassung angeschlossen, selbst in einem solchen Falle, in welchem ein einziger Streikposten, ohne sich irgend welche Ausschreitung gegen Dritte zu Schulden kommen zu lassen, in einer dem Streikzentrum benachbarten Straße aufgestellt genommen hatte. Jetzt hat sich auch der Strafsenat des hanseatischen Oberlandesgerichtes mit der Frage: „Wann ist das Streikpostenstehen als grober Unfug zu bestrafen?“ beschäftigt. Das Gericht hat sich dahin ausgesprochen, daß das Streikpostenstehen nicht schon an sich als grober Unfug zu charakterisiren sei, sondern daß es darauf ankomme, ob nach den Umständen des konkreten Falles eine Belästigung oder Beunruhigung größerer Personenkreise an einer öffentlichen Dertlichkeit angenommen werden könne.

Als solche Umstände seien insbesondere in Betracht zu ziehen: 1. die mehr oder minder straffe Organisation der Streikenden; 2. der mehr oder minder weite Kreis der durch sie zu Beeinflussenden; 3. die Lage der Dertlichkeit; 4. die Zahl der Posten und ob diese als solche weiteren Kreisen erkennbar sind.

Zu dem ersten dieser Momente wird bemerkt, daß ohne solche Organisation der Umstand, daß ein Einzelner auf öffentlicher Straße zum Zweck der Beobachtung oder Beeinflussung des Zuzuges von Arbeitern zu einer Arbeitsstelle sich aufstellt, zu einer Belästigung oder Beunruhigung der Arbeiterschaft kaum je werden führen können; und zu dem zweiten Momente: Es könne grober Unfug nicht darin liegen, daß die durch das Postenstehen ausgeübte Einschränkung der Bewegungsfreiheit sich nur auf einzelne Personen beziehe, z. B. auf die in einer bestimmten Fabrik noch weiter Arbeitenden allein.

Wir müssen es unseren Kollegen überlassen, sich aus diesem Urtheil einen Vers zu machen.

**Statistisches.** Bei der Landesversicherungsanstalt Berlin sind im Laufe des Vierteljahres Januar—März 1900 115 Anträge auf Gewährung von Altersrenten eingegangen; aus der Zeit vor dem 1. Januar 1900 lagen noch 54 Anträge vor, hinsichtlich deren die Entscheidung noch ausstand. Von diesen 169 Anträgen sind bewilligt 132, abgelehnt 16, anderweitig erledigt 4 und unerledigt auf das folgende Vierteljahr übernommen 17. Bis zum 31. März 1900 waren insgesammt bewilligt an Altersrenten 4318. Von diesen sind ausgeschieden durch Tod 1509, aus anderen Gründen 118, zusammen 1627, so daß am 1. April 1900 2691 Altersrenten-Empfänger vorhanden waren. — Innerhalb des gleichen Vierteljahres sind 885 Anträge auf Gewährung von Invalidenrente eingegangen und 422 unerledigt aus dem Vierteljahre übernommen. Von diesen 1307 Invalidenrenten-Anträgen sind 922 bewilligt, 75 abgelehnt, 36 anderweitig erledigt, 274 unerledigt auf das folgende Quartal übernommen worden. An Invalidenrenten sind bis zum 31. März überhaupt 9762 bewilligt worden. Ausgeschlossen sind inzwischen durch Tod 3324, aus anderen Gründen 247, zusammen 3571, mithin war am 1. April 1900 ein Bestand von 6191 Invalidenrenten-Empfängern aufzuweisen.

**Die Zahl der Ausstände in Deutschland** hat nach der amtlichen Streikstatistik im Jahre 1899 im Ganzen 1297 betragen, die sich auf 7113 Betriebe erstreckten. Von diesen Betrieben kamen durch die Streiks 1928 zum Stillstand. In den von den Ausständigen 1899 ergriffenen 7113 Betrieben waren im Ganzen 240 246 Arbeiter beschäftigt, von denen 98 304 sich am Streik beteiligten; unter ihnen wurden 27 017 kontraktbrüchig. Ein Viertel aller Streiks betraf das Baugewerbe, in ihm kamen 443, in der Textilindustrie 109, in der Industrie von Stein und Erde 103, in der Maschinenindustrie 85, in der Bekleidungs- und Reinigungsindustrie 64, in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie 52 Streiks vor. Während im Baugewerbe die Zahl der Streikenden 35 924 betrug, von denen 3114 kontraktbrüchig waren, belief sich die Zahl der kontraktbrüchigen Streikenden in der Textilindustrie auf fast die Hälfte der Streikenden: 5323 von 11 377.

**Die Einflebung der Marken** für die Invalidenversicherung kann nach dem neuen Invalidenversicherungsgesetz von den Arbeitgebern auch zu anderen als den Lohnzahlungs-Terminen erfolgen, wenn die Versicherungsanstalten dahingehende Bestimmungen treffen. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin hat nun den Entwurf einer diesbezüglichen Verordnung dem Berliner Magistrat, dem Gewerbegericht, den Ältesten der Kaufmannschaft und dem Centralausschuß kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine zur gutachtlichen Aeußerung zugehen lassen. Danach kann Arbeitgebern, welche mindestens 100 versicherungspflichtige Personen beschäftigen, auf Antrag widerruflich gestattet werden, die Marken für die von ihnen beschäftigten versicherungspflichtigen Personen erst in der letzten Woche jedes Kalender-Vierteljahrs oder sofern das Arbeits- oder Dienstverhältnis früher beendet wird, bei Beendigung

desselben einzufleben. Dem Reich, den Bundesstaaten, den Kommunalverbänden und sonstigen öffentlichen Verbänden und Körperschaften kann diese Befugniß ohne Beschränkung auf eine bestimmte Zahl beschäftigter versicherungspflichtiger Personen erteilt werden; auch kann hier der Termin für die Verwendung der Marken bis auf die letzte Woche des Kalenderjahres erstreckt werden.

**Für die Jahresversammlung** des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise ist jetzt die endgiltige Tagesordnung bekannt gemacht worden. Die Versammlung findet in Köln vom 24. bis 26. September statt und wird über folgende Gegenstände verhandeln: 1. die Arbeitsvermittlung für weibliche Personen und Diensthboten (Berichterstatter: Rechtsrath Dr. Menzinger-München, Beigeordneter Dr. Kayser-Worms); 2. die Errichtung von Arbeitsnachweisen an kleineren Orten (Domvikar-Groß-Münster, Regierungs-Assessor Dr. Wiedenfeld-Liegnitz); 3. die Erhebung von Gebühren seitens gemeinnütziger Arbeitsnachweise (Geheimer Ober-Finanzrath Fuchs-Karlsruhe Dr. Freund-Berlin); 4. die Arbeitsvermittlung für ländliche Arbeiter (Rath Dr. Naumann-Hamburg); 5. das Ergebnis zweier seitens des Verbandes veranstalteter Umfragen betreffend a) die staatlichen und städtischen den Arbeitsnachweisen gewährten Beihilfen, b) die Anstellungs- und Befoldungsverhältnisse der in den Arbeitsnachweis-Verwaltungen beschäftigten Beamten (Dr. Jastrow-Charlottenburg). — Für die öffentliche Arbeitsnachweis-Konferenz, zu welcher Jedermann Zutritt hat, ist als einziger Gegenstand auf der Tagesordnung gesetzt: die Organisation der Fach-Arbeitsnachweise und ihr Anschluß an den allgemeinen Arbeitsnachweis; Berichterstatter Stadtrath Dr. Gleich-Frankfurt a. M. und Generaldirektor Richard Köfcke-Berlin. Am Mittwoch findet eine Besichtigung der allgemeinen Arbeitsnachweis-Anstalt Köln statt, sowie die Konferenz der Verwaltungsbeamten der Arbeitsnachweise mit freier Diskussion über Fragen aus der Praxis.

**Nur eine „Spielerei.“** Der Fabrikdirektor Thorneer in Falkenstein im sächsischen Vogtlande beschäftigte in einem besonderen Raum der von ihm geleiteten Falkensteiner Gardinen-Weberei Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren. Die Zahl der Kinder betrug oft bis zu 40, und die Beschäftigung geschah während der Zeit vom Sommer vorigen Jahres bis Weihnachten. Die Kinder wurden mit Zäckeln beschäftigt. Deswegen unter Anklage gestellt, erklärte der Fabrikant, er habe die Kinder nicht als Arbeiter betrachtet, ihre Beschäftigung habe er nicht als Arbeit, sondern nur als **Spielerei** angesehen. Er glaube deshalb nicht, sich eines Vergehens gegen die Gewerbeordnung schuldig gemacht zu haben. Der Staatsanwalt war minder harmlos und beantragte die höchst zulässige Strafe von 2000 Mk. Das Gericht setzte eine Strafe von 400 Mk. fest. Wir glauben daß dieser Fall nicht allein dasteht, wo Kinder in den Fabriken zum Schaden der Konkurrenz und zum Vortheil der Fabrikbesitzer beschäftigt werden.

## Der Jahresbericht der „vereinigten Zimmerleute und Tischler“ in England.

Unser englischer Korrespondent schreibt: Der Jahresbericht der Zimmerleute und Tischler für 1899 ist ein außerordentlich günstiger und zeigt, daß diese große Union nach wie vor gute Fortschritte macht. Der Bericht hat aber auch insofern eine politische Bedeutung, daß in ihm zum erstenmal in energischer Weise von Seiten einer großen Union gegen staatliche Alterspensionen Stellung genommen wird. Das zeigt jedenfalls, daß die Zimmerleute und Tischler sicherlich nicht zu den Gewerksvereinen gehören, die der Ansicht sind, oder nach Behauptung Unbetheiligter der Ansicht sein sollen, daß die Alterspensionen schließlich zum pekuniären Ruin einer Union führen müßten. Erwähnt sei zunächst, daß die Union nunmehr 41 Jahre besteht. Die Jahreseinnahmen im Jahre 1899 beliefen sich auf 3 Millionen 13 060 Mk., die Ausgaben auf 2 Millionen 456 700 Mk., so daß ein Ueberschuß von 556 360 Mark zu verzeichnen war. Das Vereinsvermögen betrug Ende 1899 4 Millionen 134 760 Mk. Die Mitgliederzahl stieg im mehrgenannten Jahre um 5147 Köpfe, und zwar auf im Ganzen 61 781 Mitglieder. Es muß dabei in Betracht gezogen werden, daß die „Carpenters and Joiners“ ihre neuen Mitglieder keineswegs auf der Straße finden, und daß sie ihnen nicht zulaufen, sondern daß der Verband in anerkannter Weise eine eifrige und unermüdete Agitation betreibt, die ihm sein Wachstum sichert.

Die Ausgaben des Vereins, wir können natürlich nur die wesentlichsten betrachten, werden vor allen Dingen das Interesse der deutschen Gewerksvereine erregen. Der Verein hatte im vergangenen Jahre besonders mit kleinen Streiks zu kämpfen, die ihn nicht weniger als 331 380 Mk. Streikausgaben verursachten. Allerdings ist dem gegenüber der Vortheil nicht unerheblich, daß es dem Verein während dieses Jahres gelang, seinen Mitgliedern in mehr als 130 seiner Verwaltungsdistrikte eine Lohnerhöhung zu verschaffen. Nicht ganz die Höhe der Streikunterstützungen erreichten die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung, die aber immerhin die namhafte Summe von 299 860 Mk. darstellen. Kleiner sind die Ausgaben für Unfälle und für verlorenes Handwerksgeräth, welches vergütet wird, wenn es durch Feuer vernichtet wurde. Für Unfallvergütung wurden 69 900 Mark gezahlt, während für zerstörtes Handwerksgeräth 58 100 Mk. vergütet wurden. Die letztere Summe ist meines Erachtens erstaunlich

hoch, denn sie ergiebt auf den Kopf der Vereinsmitglieder annähernd eine Mark pro Jahr für vernichtetes Arbeitsgeräth. Gewaltig ist die Summe, welche an Krankenunterstützung gezahlt wurde. Sie beläuft sich auf **668 260 Mk.** und bedeutet für den, der in solchen statistischen Angaben mehr als Zahlen zu erkennen vermag, eine Fülle von Elend, aber gelindert und seiner Hauptbitterkeit entkleidet durch die mächtige Helferin, die Organisation der Arbeiter! — Auch in dem Punkte können wir vor der Organisation den Hut abnehmen, wenn wir lesen, daß die Veteranen des Vereins im verflossenen Jahre 325 340 Mk. Altersunterstützung erhielten, nicht als Almosen, sondern als wohlverdienten und selbst erworbenen Antheil an dem Vermögen der Organisation, die nicht nur auf diese Weise ihren eigenen Mitgliedern die Zeiten der Krankheit und des Alters, soweit dies in Menschenkräften liegt, erleichtert, sondern die auch dadurch indirekt dafür sorgt, den Arbeiter selbständig zu machen und ihn vor der Schmach zu bewahren, nach einem Leben voll Mühe und Arbeit in das Armenhaus gehen zu müssen, wo man ihn so behandelt, wie wenn er der Gesellschaft dafür zu danken habe, daß man ihn überhaupt am Leben läßt, nicht aber so, wie wenn die Gesellschaft eingesehen hätte, daß man dem Veteranen der Arbeit zu Dank verpflichtet sei. — Die Gesamtsumme, welche diese eine Union der Zimmerleute und Tischler im Verlaufe ihres Bestehens für Wohlthätigkeitszwecke verausgabt hat, beläuft sich auf 32 Millionen 706 500 Mark! Das ist die Leistung einer Union! Und da erklärte ein hoher Beamter des deutschen Reiches, die Unions seien „Streikvereine.“ — Gebe Gott, wir hätten viele solcher „Streikvereine!“ Was nun die Stellungnahme gegen staatliche Alterspensionen anbelangt, so möchte ich zunächst in die Erinnerung zurückrufen, daß wegen dieser staatlichen Alterspensionen seit Jahren ein lebhafter Kampf geführt wird. Die konservative Regierung hatte durch das Versprechen derartiger Pensionen mit Erfolg die Arbeiterchaft bei den Wahlen zu fördern versucht, ohne ihr Versprechen einzulösen. Vielleicht versucht sie dasselbe Spiel bei den bevorstehenden Neuwahlen wieder einmal. Ohne Erfolg nur dann, wenn alle Unionisten so denken sollten, wie die Zimmerleute und Tischler. Das thun sie freilich nicht, denn die meisten Unions sind für die staatlichen Pensionen. Die „Carpenters and Joiners“ schreiben aber darüber, nachdem zunächst erwähnt wird, daß im Jahre 1899 wieder eine Anzahl von 170 Mitgliedern zu Alterspensionsempfängern wurde: „So erhält also der Tischler, der klug genug ist sich unserer Union anzuschließen, das Anrecht auf eine Alterspension zwanzig und selbst fünf und zwanzig Jahre früher, als sie die Regierung jemals zugestehen wird,“ und das, so fügt der Bericht mit berechtigtem Stolze hinzu, „während man im Lande und unter unseren Politikern darüber klug redet, ob eine mit 65 oder eine mit 75 Jahren beginnende Alterspension vorzuziehen sei.“ Nebenbei natürlich „vorzuziehen“, im Sinne der Durchführbarkeit, denn die englischen Politiker diskutieren nur darüber, ob man erst im 75 Jahre dem Arbeiter Pension zu zahlen beginnen solle, um die großen Kosten zu vermeiden, oder ob man es wagen könne, schon mit 65 Jahren anzufangen. Das dabei durch Beratungen und Verhandlungen usw. verbrauchte Geld ist einfach weggeworfen, denn die konservative Partei wird immer eine Ausrede finden, das Alterspensionsgesetz zu vereiteln. Natürlich alles unter dem Schleier der Arbeiterfreundlichkeit. Das versteht sich von selbst! — Allerdings bringt gegenüber diesen unfruchtbaren Verhandlungen und Scheinreformversuchen der Regierung ein solcher Bericht, wie der der Zimmerleute und Tischler, einen frischen Zug in die Geschichte. Die Frage, welche alle Verhandlungen von Regierungskommissionen nicht zu lösen vermochten, die löste hier eine Union spielend, und zwar nur deshalb, weil sie weniger berüth und energischer handelte, und vor allen Dingen, weil sie nur aus Leuten bestand, die Interesse am Wohlergehen eines jeden Unionmitgliedes hatten, weil das Wohl des einen bei den Gewerkvereinen auch das Wohl des anderen ist, weil die Organisation nichts weiter bedeutet, als den Kampf zum Besten jedes Einzelnen und damit der Gesamtheit ermöglicht durch die Einigkeit der Berufsgenossen. — Ich glaube, wir können in Deutschland immer noch von den englischen Trade-Unions lernen, das zeigt wieder dieser Bericht der „Carpenters and Joiners.“

## Aus den Ortsvereinen.

**Bromberg.** In meinem ersten Berichte war ich voll der Hoffnung, daß unsere Lohnbewegung auf friedlichem Wege durchgeführt werden würde, jetzt bin ich aber eines besseren belehrt worden. Die monatelangen Verhandlungen der Lohnkommission haben zu keinem für uns günstigen Resultat geführt, deshalb beschlossen wir, zu Mittwoch, den 2. Mai, eine Versammlung einzuberufen, zu welcher auch sämtliche Meister durch Postkarte eingeladen wurden. Zu dieser Versammlung war auch Genosse Zielke (Berlin) erschienen; derselbe traf am Nachmittag genannten Tages zufällig mit Herrn Maack (Berlin) vom Holzarbeiterverbande hier ein. Die Versammlung war von den Kollegen recht zahlreich besucht (ungefähr 400 Personen), aber von den Herren Meistern waren nur drei erschienen. Dies kam daher: der Sinnungsvorstand hatte sämtliche Meister durch Postkarte abgerathen, diese Versammlung zu besuchen; das hatten wir allerdings nicht erwartet. Der Zweck der Versammlung, mit sämtlichen Arbeitgebern eine gründliche Aussprache herbeizuführen, um eine Einigung

so vielleicht leichter zu Stande zu bringen, war nun gescheitert. Trotzdem eröffnete Unterzeichneter die Versammlung und begrüßte die Anwesenden, zugleich dem Gen. Zielke das Wort zu seinem Referat ertheilend. Zudem derselbe nun in warmen beredten Worten unser Gewerkschaftsprogramm schilderte und dann Punkt für Punkt unsere Forderungen eingehend erörterte und ausführlich klarlegte, erkannte Redner unsere Forderungen voll und ganz an und ermahnte zu festem Zusammenhalten. In der nun folgenden Diskussion meldete sich auch ein Meister zum Wort, derselbe sprach aber sehr zweideutig, nicht für und auch nicht gegen die Forderungen, es war dies der frühere Vorsitzende der Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes. Nachdem noch Herr Maack und andere Kollegen gesprochen hatten, wurde einstimmig beschlossen, die Forderungen aufrecht zu erhalten und am 3. Mai sämtlichen Meistern die Forderungen vorzulegen mit dem Bemerkten, uns bis Freitag Abend Antwort zu Theil werden zu lassen, widrigenfalls am Sonnabend, den 5. Mai, gekündigt wird. Hierauf wurde die sehr gut verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf die Erreichung unserer billigen und gerechten Forderungen um 1/2 12 Uhr Nachts geschlossen. — Herrn Zielke an dieser Stelle nochmals unseren besten Dank.

Mittlerweile ist die Frist verstrichen und haben am Sonnabend, den 5. Mai, sämtliche Tischler Brombergs und Vororte mit Ausnahme der Möbelfabrik von Hege, gekündigt und treten am 18. bezw. 19. Mai in den Ausstand.

Also aufgepaßt, Kollegen! Beim Erscheinen dieses Artikels befinden sich die Bromberger Genossen, die den größten Theil der Tischler hiesiger Stadt ausmachen, im Ausstand. H. Mehle, Vorsitzender.

**Schwenditz.** Der Ortsverein der Tischler hier selbst hielt am 12. Mai eine auch von Gästen gut besuchte Versammlung ab, in welcher Genosse Huth (Leipzig) nach Erledigung einiger geschäftlichen Punkte einen Vortrag über „Die Deutschen Gewerkvereine, mit besonderer Berücksichtigung des Gewerkvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen“ hielt. Redner schilderte in eingehender Weise die Entwicklungen der Organisationen, und wie nach und nach die Arbeiter zu der Erkenntniß kommen müssen, sich beruflich zusammen zu schließen, um durch Festlegung des Arbeitsverhältnisses und der Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeber besseren Lohn und bessere Behandlung zu erringen. Er betonte weiter, daß es eine irrige Auffassung sei, durch Schürung des Klassenkampfes wirtschaftliche Erfolge zu erkämpfen. Denn nur wenn Beide, der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, sich als gleichberechtigte Faktoren anerkennen, kann ein zufriedenes Verhältnis hergestellt werden. Nachdem Herr Huth noch das Unterstützungswesen innerhalb der Organisation als naturnothwendig hervorhob und die Deutschen Gewerkvereine als mustergültig in dieser Beziehung gezeigt hatte, empfahl derselbe allen Anwesenden, soweit sie noch nicht organisiert sind, den Anschluß an unseren Ortsverein. Lebhafter Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen. In der darauf folgenden Diskussion bedankte sich zunächst ein anwesender Gast, Herr Mittelschullehrer Tenner, noch insbesondere für den Vortrag. Weiter wurde lebhaft Kritik darüber geübt, daß andere Arbeiterorganisationen in ihrer Presse und durch Verhöhnungen unserer Mitglieder sehr bedauerenswerthe Zustände geschaffen hätten. So hatte sich ein Redner doch nicht entblödet, in einer Gewerkschaftsversammlung uns im Schlußwort seines Referates lichtscheues Gesindel zu nennen. Vom Referenten sowie von mehreren Genossen wurde trotzdem betont, stets ein achtunggebietendes Betragen über andersorganisirte Arbeiter zu beobachten, um den indifferenten Arbeitern zu zeigen, daß wir auch den Gegner achten. Nach Schluß der Diskussion wurde zum zweiten Punkt, Verschiedenes, übergegangen, zu welchem sich dann noch verschiedene anwesende Mitglieder des Holzarbeiterverbandes zum Wort meldeten, einestheils bedauernd, daß sie die Einladung zu spät gelesen, andertheils mit ihrer großen Mitgliederzahl prahlend. Diesen Herren wurde gebührend von dem Referenten und einigen Mitgliedern geantwortet. Hierauf trat Schluß der Versammlung 1/2 12 Uhr Abends ein. — Hoffentlich trägt diese Versammlung dazu bei, etwas mehr Interesse für die Deutschen Gewerkvereine zu erzielen.

Fr. Schröder, Sekretär.

**Thorn.** In der vom Ortsverein der Tischler hier selbst vor Kurzem einberufenen öffentlichen Gewerkvereinsversammlung, die vom Gen. Brosche geleitet wurde, sprach Gen. Zielke (Berlin) über das Thema: „Was sind, was wollen und was leisten die Deutschen Gewerkvereine, mit besonderer Berücksichtigung der Einrichtungen im Gewerkverein der Deutschen Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen.“ In eingehender Weise beleuchtete Redner den Zweck und das Prinzip der Organisation, und ersuchte zum Schluß die Anwesenden, dafür Sorge zu tragen, daß alle noch keiner Verbindung angehörenden Berufskollegen sich dem Gewerkverein der Deutschen Tischler anschließen. In der nun folgenden Diskussion brachte ein im jugendlichen Alter stehender Theilnehmer, der dem Referenten im Wesentlichen zustimmte, doch aber so „schauerliche“ Ansichten vor, daß ihm allgemein Schlußrufe entgegenklangen. Demselben wurde von verschiedenen Rednern, so auch vom Rechtsanwalt Herrn Stein in so nachdrücklicher Weise widerlegt, daß er wohl für einige Zeit zur Genüge haben dürfte. Im Schlußwort gab der Referent dann noch der Hoffnung Ausdruck, daß auch dem Punkte in unserem Programm, Verkürzung der Arbeitszeit, hier in Thorn, wie dies die Genossen in Bromberg z. Bt. anstreben, zur Verwirklichung gelangen werde, wenn die noch fernstehenden Kollegen sich dem hiesigen Ortsverein der Tischler werden angeschlossen haben.

**Nürnberg II** (Büttner). Am 5. Mai tagte unsere ordentliche Monatsversammlung im Vereinslokal „Englischer Hof“. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden Ringle um 9 Uhr Abends mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Protokoll, 2. Ein- und Ausläufe, 3. Kassenbericht vom 1. Quartal 1900, 4. Geschäftliches. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde genehmigt. Nachdem gab Schriftführer Endres verschiedene Einladungen von Seiten hiesiger und auswärtiger Vereine bekannt, denen man theils zusagte, anderntheils wegen Ueberhäufung von Einladungen dankend ablehnte. Sodann gab Kassirer Salzner den Rechnungsabschluss vom ersten Vierteljahr 1900 bekannt und betonte, daß hauptsächlich im Monat März, voraussichtlich noch mehr aber im Monat April, die Zuschußkrankenkasse in Anspruch genommen würde. Er wies wiederholt darauf hin, welche Wohlthat es ist, wenn man infolge vorkommender Krankheit verdienstlos ist, aber trotzdem eine annehmbare Unterstützung aus der Krankenkasse erhält; er wünschte, daß sich noch recht viele Mitglieder unserer Klasse anschließen. Vorsitzender Ringle erörterte, daß infolge der Unachtsamkeit, welche die Mitglieder ihren Statuten zuwenden, immer noch Kollegen im Unklaren sind, in welchen Fällen sie Unterstützung zu beanspruchen haben und fordert die Mitglieder deshalb auf, ihre Statuten fleißig durchzusehen, um auch genau zu wissen, für was sie ihre Beiträge entrichten. Revisor Krämer theilte der Versammlung mit, daß bei der leztthin stattgefundenen Revision der Kasse alles aufs Genaueste gestimmt hat und spricht dem Kassirer Salzner seinen Dank hierfür aus. Man kam dann zum Punkt 4 (Geschäftliches). Anwesend war Herr Tanzlehrer Heidner, der in erster Linie zu diesem Punkt das Wort erhielt. Er erklärte sich auf unser Ersuchen hin bereit, den Mitgliedern den „Reistanz“ zu lehren und darauf zu halten, daß unser Fest auch ein ansehnliches Bild werde, wozu jedoch vor allen Dingen notwendig sei, daß die Teilnehmer regelmäßig, pünktlich und mit aller Aufmerksamkeit den Proben beiwohnen. Kollege Bägelein munterte die Teilnehmer auf, sich durch etwaige Spötereien und herbe Ausdrücke von Seiten der Mitglieder des „Centralvereins“ nicht beeinflussen zu lassen und derartigen Reden kein Gehör zu geben. Die Tagesordnung war somit erschöpft und Vorsitzender Ringle schloß die Versammlung um 1/2 12 Uhr mit Worten des Dankes für den zahlreichen Besuch.

Karl Endres, Sekretär.

## Auskunft der „Eiche“.

**Strike und Boycott.** Das Wort „Strike“ (Streik), Arbeitseinstellung, kommt von dem englischen Zeitwort to strike, das eigentlich schlagen, in weiterer Bedeutung feiern, die Arbeit einstellen heißt. — Boycott ist der Name eines englischen Capitäns, der in den 70er und 80er Jahren Gutsverwalter eines in Irland angelegenen Großgrundbesizers war. Die Masse des irischen Volkes fühlt sich bekanntlich durch die englische Verwaltung zu Grunde gerichtet. Das Land gehörte bis vor wenigen Jahren den Fremden, den englischen Landlords, die es den Irländern zu unerschwinglichen Preisen verpachteten; die Pächter aber waren so gut wie rechtlos. 1846—1888 wurden 90000 irische Pächter von ihren Farmen vertrieben und dadurch beinahe 500000 Menschen heimatlose Bettler. Im ersten Halbjahr 1886 wurden allein 10397 Personen ermittelt. Daher der erbitterte Haß der Iren gegen die Engländer. 1879 gründeten sie die Land-Liga zur Abschaffung des bisherigen Pacht- und Landlord-Systems, und diese Land-Liga wendete zum ersten Male im Jahre 1880 gegen den ganz besonders verhassten Capitän Boycott die nach diesem noch heute „Boycott“ oder „Boycottirung“ genannte gesellschaftliche und geschäftliche Berrufs-Erklärung an. Niemand arbeitete für den Capitän, die Wirthschaft mußte vollständig brach liegen bleiben, niemand kaufte von ihm, und von niemand erhielt er etwas verkauft. Die Land-Liga aber wurde durch dieses Boycott-System, daß sie nunmehr planmäßig ausbeutete, der Schrecken der Landlords. Diese Waffe in den sozialen Kämpfen unserer Zeit stammt also von der „grünen Insel“ und heißt nach Dem, gegen dem sie zuerst gerichtet wurde.

**N. M. 490.** Ist die Quittungskarte ausgestellt am 1. Juli 1898, so ist sie noch gültig bis zum 1. Juni 1900, da Quittungskarten, welche am Schlusse des Jahres 1899 noch in Benutzung waren, ihre Gültigkeit erst nach Ablauf von zwei Jahren nach dem Tage ihrer Ausstellung verlieren. Wir empfehlen, die am 1. Juni 1898 ausgestellte Quittungskarte bei der Polizeiverwaltung umtauschen zu lassen und zwar sind hierfür, da anscheinend in der Karte weniger als 30 Beitragsmarken enthalten sind, 5 Pfg. Gebühren zu entrichten. Hat der Versicherte das 40. Lebensjahr noch nicht vollendet, so kann er die Ausstellung einer Quittungskarte für die Selbstversicherung (Quittungskartenformular B grau) beantragen und hierin die für die Selbstversicherung besonders hergestellten Beitragsmarken, bei dem die Wahl der Beitragsklasse (I bis V) freigestellt ist, verwenden (pro Woche eine Marke). Wir empfehlen, zur Verhütung von Weiterungen, für die Zeit vom 1. Januar 1899 bis jetzt Selbstversicherungsmarken nachträglich nicht mehr zu verwenden, sondern mit der Verwendung erst von jetzt ab zu beginnen.

**R. S.** Die lästigen Kopfschmerzen kann man durch Einreiben der Kopfhaut mit verschiedenen Mitteln beseitigen, z. B. mit einer Lösung aus 10 g Benzostinktur und 90 g Spiritätter oder aus 3 g Sabina-Öl, 80 g Weinspirit und 20 g Eau de Cologne.

# Seuilleton.

## Die „zweite Mama“.

Von Otto Wilhelm.

(Nachdruck verboten.)

Zum ersten Mal in diesem Jahre verbrachte der Herr Emeritus den Vormittag im Garten. Er saß auf einer gen Osten gerichteten Bank und blies Rauchwolken aus seiner Pastorenpeife in die milde Frühlingsluft. Aus den umgegrabenen Beeten des Gemüsegartens strömte der eigenartige Erdgeruch und die Sonnenstrahlen umkosten seine hagere Gestalt mit dem Silberhaar und den fein geschnittenen Gesichtszügen. Sein Blick hing an den von bläulichem Nebel umwölkten Bergzügen, — träumerisch, weltverloren.

Da nahte vom Hause eine Matrone trippelnden Schrittes. Als sie von der Bank her die bläulichen Wolken des Tabakrauches aufsteigen sah, glitt ein freudiger Schimmer über ihre Züge, sie schlug den Weg nach der Bank ein und berührte leicht die Schulter ihres Mannes.

Der wandte sich lächelnd um: „Es ist Frühling heute, genieße ihn, wie ich das thue,“ dann blickte er wieder hinaus nach den Bergen. Nach einigen Minuten schreckte ihn der kräftige Schlag eines rothbrüstigen Finken aus seinen Träumen auf. Er ergriff die Hand seiner Lebensgefährtin:

„Neun Jahre sind's jetzt her,“ jagte er mit unsicherer Stimme, „es war auch ein solch herrlicher Frühlingstag: dieselben Sonnenstrahlen, dieselbe Aussicht auf die Berge, — derselbe Finkenschlag.“

„Neun Jahre,“ senkte sie auf. „Eine lange Zeit.“

Schweigend saß das alte Ehepaar neben einander. Er hatte seine Peife ausgeraucht und lehnte sie an die Geißblattlaube.

„Gezürnt habe ich unserem Bruno eigentlich nie,“ sagte er vor sich hin.

„Ich habe ihn stets geliebt,“ antwortete leuchtenden Auges die Alte, „ein Mutterherz hört nie auf, ihren Einzigen zu lieben, selbst wenn“

„Nun kommt er,“ unterbrach sie hastig ihr Mann, — „mitten hinein in die Frühlingspracht!“

„Gott sei Dank,“ stöhnte sie auf, „er kommt, — endlich, endlich! Er würde uns den Herzensfrühling mitbringen, wenn...“

„Es darf da kein „wenn“ geben,“ meinte der Emeritus ernst, „unser Sohn ist uns von ganzem Herzen willkommen.“

Sie schritten dem Hause zu und hatten schon die Thür erreicht, als die Frau stehen blieb, ihn am Rockärmel festhielt und flüsternd fragte:

„Und Martha?“

„Ach,“ sagte er mit einer abwehrenden Handbewegung, „es sind ja schon neun Jahre her...“

Pastor Wilbrecht's Bruno war ein „Hoch hinaus,“ — so bezeichnete ihn der Vater selbst, wenn ihm ein neuer dummer Streich seines Einzigen hinterbracht worden war. Des Pastors „Hoch hinaus“ tyrannisierte die Bewohner des ganzen Dorfes. Man konnte ihn zwar nie so recht gram sein, weil er vom Grunde genommen ein guter Junge war, aber wenn er auf einem Schabernack, dem er einen der Bauern zu spielen gedachte, erwischt wurde, dann erging es ihm übel. Aber er ließ sich selten, sehr selten erwischen! Die Dorfschule war ihm bald zu eng, er setzte es durch, daß er das Gymnasium und schließlich die Universität besuchte. Hier machte er die besten Fortschritte, worüber sein Vater um so mehr erfreut war, als er nur ungern seinen Wunsch, in dem Sohne seinen Nachfolger zu sehen, ausgegeben hatte. Aber er tröstete sich, hatte er doch noch Martha, die Tochter seines verstorbenen Bruders.

Dies stille, bescheidene, immer zufriedene Mädchen war das vollkommenste Gegenstück zu seinem „Hoch hinaus“. Dieser: kräftig, von übersprudelnder Laune, temperamentvoll angelegt, — jene: zart, schlank, zurückhaltend, beinahe schüchtern. Wie er seine ganze Umgebung tyrannisierte, so beherrschte er auch sie vollständig.

Der „Hoch hinaus“ machte seinen „Doctor medicinae“. Es war den Eltern wohl oft schwer geworden, den „Wechsel“ immer pünktlich zu schicken, mit Martha's Hilfe gelang es aber immer, den Ansprüchen des Studenten gerecht zu werden. Martha verfügte über ein kleines Kapital, das sie ohne Bedenken opferte. Wenn sie ihres Spielgefährten gedachte, war ihr kein Opfer zu groß. Der neugeborene Doktor besuchte hin und wieder seine Eltern, er kümmerte sich aber kaum um Martha. Er würde in die Hauptstadt gehen, dort mit Erfolg praktizieren, Spezialarzt, Professor, Sanitätsrath werden. Und dann, — so meinte er in burleskem Ton, — dann wird ein reiches Mädchen geheirathet und ich bin ein gemachter Mann, — so hoch will Euer „Hoch hinaus“ fliegen.

Er nahm seinen Flug und der Erfolg begleitete ihn. Er siedelte nach der Hauptstadt über und hier ging er unverdrossen auf sein Ziel los. Kein Mißerfolg schreckte ihn, kein Mittel ließ er unbenutzt, um sich einen Namen zu machen, mit scharfem Blick erkannte er die Krankheit unserer Zeit und that sich auf als „Spezialarzt für Nerven“. In verhältnismäßig kurzer Zeit hatte er sich eine gute Praxis erworben, er hielt öffentliche Vorträge, sein Name prangte an den Anschlag-

fäulen und wurde in den Zeitungen fast allwöchentlich registriert. Man wurde „oben“ auf ihn aufmerksam, einflussreiche Autoritäten traten für ihn ein, der Titel Professor wurde ihm verliehen, — er war ein „gemachter Mann“. Die Krone des Gebäudes, eine reiche Frau, konnte ihm nicht fehlen, denn in den Schichten der „oberen Zehntausend“ kam man dem interessanten jungen Professor mit großer Liebenswürdigkeit entgegen. Da wagte er denn den Schritt in's Dunkle, er verlobte sich mit einer runden, netten Million . . .

Vor neun Jahren zur Frühlingszeit war er nach Haus gekommen, aber statt des Frühlings hatte er den eisigen Hauch des Winters in die Familie getragen. Der Vater fühlte, sein Sohn war ein anderer geworden, die Mutter konnte es zu einer herzlichen Aussprache nicht bringen, sie empfand eine geheime Scheu vor dem Großstadtmanne, der mit souveräner Herablassung über Dinge und Verhältnisse abfällig urtheilte, die ihr als eine Art Heiligtum erschienen. Martha schien die Sprache fast ganz verloren zu haben, sie vermochte seinen hochtrabenden Ausführungen garnicht zu folgen, ihr einfaches Gemüth faßte nicht all' die Schliche und Kniffe, welche man anwenden muß, um ein moderner, berühmter Mann zu werden.

Als er schließlich erklärte, am nächsten Tage wieder abreisen zu

müssen, wurde von keiner Seite widersprochen, im Gegentheil, die Ankündigung rief ein gewisses Wohlbehagen hervor. So trank man denn noch einmal im Garten den Morgentee. Das herrliche Frühlingsbild schien alle zu erquickten.

Der „Hoch hinaus“, — pardon, der Herr Professor — entnahm seinem silbernen Etui eine Zigarrette und brannte sie an.

„Puhh,“ sagte er, eine Rauchwolke von sich stoßend, „es ist doch mächtig langweilig hier in diesem Nest.“ Er machte eine Kunstpause, dann schlug er einen etwas lebhafteren Ton an. „Was ich da eben noch sagen wollte, — na, s'ist zwar nicht sehr aufregend, aber es hat doch gewisse Einflüsse auf die Familie . . . Ich bin jetzt wirklich nicht nur „hoch“, sondern auch „schön“ hinaus, — ein halbes Millionchen; in den nächsten Tagen schicke ich Euch meine Verlobungsanzeige!“

Der Pastor sprang erregt auf, die Pastorin setzte mit zitternder Hand die Tasse nieder, Martha sank mit einem Wehlaut in den Gartenstuhl zurück, sie war einer Ohnmacht nahe. Die Pastorin geleitete sie in's Haus.

(Schluß folgt.)

## Ämtlicher Theil.

### Rechnungs = Abschluß

der Hauptkassen des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen für das 1. Vierteljahr 1900.

Einnahme	Generalraths-Kasse		Begräbnis-Kasse		Zuschuß-Kasse		Ausgabe	Generalraths-Kasse		Begräbnis-Kasse		Zuschuß-Kasse	
	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.		M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.
An Kassenbestand vom 4. Vierteljahr 1899	2697	15	215	82	334	01	Per Zurückgeandte Gelder	5184	64	450	—	10833	40
„ Eingefandte Gelder	8381	45	1842	53	4707	33	„ Unterstützung für Arbeitslosigkeit	1875	—	—	—	—	—
„ Portüvergütung vom Verbande	105	60	—	—	—	—	„ „ für Reisen, Wanderschaft	257	25	—	—	—	—
„ Inserate und Zustellungsporto	8	20	—	—	—	—	„ „ für Ueberfiedelung	304	72	—	—	—	—
„ Zinsen	1380	90	749	50	1261	40	„ „ bei Aussperrung	132	—	—	—	—	—
„ Utensilien	—	50	—	—	—	—	„ „ in Nothfällen	350	—	—	—	—	—
„ Gerichtskosten zurück	4	25	—	—	—	—	„ Beitragserlaß	102	76	—	—	—	—
„ Strafen	—	40	—	—	—	—	„ Porto einschl. Verj. der „Eiche“	944	85	—	—	—	—
„ Verkaufte Werthpapiere (M. 5500,—)	5305	—	—	—	—	—	„ Drucksachen und Utensilien	1064	53	99	—	429	50
„ „ „ „ (6000,—)	—	—	—	—	5645	—	„ Agitation und Reisekosten	292	50	—	—	—	—
„ Zurückgebucht	—	—	—	—	20	—	„ Bureau	184	80	—	—	—	—
„ Darlehne	—	—	—	—	14	97	„ Gehälter	1500	—	165	—	540	—
							„ Entschädigungen für Sitzungen	86	75	—	—	—	—
							„ Entschädigung der Generalrevisoren	57	50	6	—	17	56
							„ Papier, Satz und Druck der „Eiche“	2118	06	—	—	—	—
							„ Autorenhonorar	327	30	—	—	—	—
							„ Organ- und Zeitungs-Abonnement	310	—	—	—	—	—
							„ Verbandsbeiträge	390	72	—	—	—	—
							„ Alters- und Invaliditätsversicherungs-						
							„ Marken	28	38	—	—	—	—
							„ Rechtsschutz	238	35	—	—	—	—
							„ Gefaufte Werthpapiere	—	—	1000	—	—	—
							„ Bureauhilfe	387	27	—	—	—	—
							„ Provision, Spefen und Depotkosten	19	50	34	50	58	50
							„ Arbeitsnachweis	69	—	—	—	—	—
							„ Verein für Volksbildung	15	—	—	—	—	—
							„ Krankengeld und ärztl. Untersuchung	—	—	—	—	43	50
							„ Fahrgeld und Sonstiges	24	50	—	36	17	05
							„ Kassenbestand	1618	05	1052	99	43	20
Summa M.:	17883	45	2807	85	11982	71	Summa M.:	17883	45	2807	85	11982	71

Vermögen der Hauptkassen	Kautions-Kasse Gewerkeverein		Zuschuß-Kasse		Generalraths-Kasse		Begräbnis-Kasse		Zuschuß-Kasse		Verfügbarer Fond*)	
	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.	M.	ℳf.
Deutsche Reichsanleihe 3 1/2 % auf der Reichsbank	2100	—	2800	—	64 800	—	37 000	—	52 600	—	—	—
„ „ 3 % „ „	700	—	200	—	—	—	10 300	—	15 500	—	—	—
Kassenbestand	87	20	263	65	1618	05	1 052	99	43	20	—	—
Summa M.:	2887	20	3263	65	66 418	05	48 352	99	68 143	20	1 769	60

Mitgliederzahl: Gewerkeverein: 6718. Begräbniskasse: 2024. Zuschußkasse: 3947.

Berlin, 31. März 1900.

F. Vieban, Schatzmeister.

A. Marzilger, A. Günther, F. Meyer, Generalrevisoren.

### 48. Bureauführung.

Verhandelt Berlin den 19. Mai 1900, Vormittags 9 1/2 Uhr.

1. Bredow. Von der Mittheilung, Weltausstellung betreffend, ist Kenntniß genommen worden.

2. Görlitz (Tischler). Zu der Mittheilung in der Rechtsschutzsache Wedekind wird beschlossen, Görlitz aufzufordern, das Erkenntniß vom 8. Mai nebst Bericht über diesen Termin einzuschicken und ferner zu wiederholen, zu welchen anderen Punkten noch Aufschluß verlangt wird.

3. Hirschberg. Das Bureau bestätigt im Namen des Generalraths

den gewählten und gemeldeten Ausschuß des wieder begründeten Ortsvereins.

4. Dem Mitgliede 4738 Ehler wird Ueberfiedelungsbeihilfe für 750 Kilometer von Osterode nach Schafke in Westf. — 60 Mk. 80 Pfg. bewilligt und zwar an Reiseunterstützung für die Frau 15 Mk., und Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 45 Mk. 80 Pfg. Der Betrag wird dem Mitgliede aus der Hauptkasse gegen Quittung gezahlt werden.

5. Cöln a. Rh. Ehe dem Gesuche des Mitgliedes 1559 Himmel entsprochen werden kann, ist eine nähere Erklärung der Versicherungs-

gesellschaft hinsichtlich Schadloshaltung des Mitgliedes, sowie vollständig ausgefertigter Rechtschutzlegitimation einzureichen.

6. Die Ortsvereine der Tischler werden hierdurch aufgefordert, hinsichtlich ihrer Arbeitsnachweise schleunigst für die Jahre 1898 und 1899, für jedes Jahr gesondert, dem Bureau anzugeben: Wieviel Mitgliedern und wieviel Nichtmitgliedern durch ihren Arbeitsnachweis Arbeitsstellen nachgewiesen wurden.

7. Spandau. Die gemeldete Ergänzungswahl wird im Namen des Generalraths und Vorstandes bestätigt.

8. Die aus den Ortsvereinen Kaiserlautern und Posen eingeschickten Hilfsfondsgefuche werden dem Generalrath überwiesen.

9. Das Mitglied 1322 Kalisch-Breslau (Tischler) hat seine Unterstütuungsangelegenheit (Ausstand betr.) dem dortigen Ausschuss zu unterbreiten.

10. Dr.-Pieschen. Das von dem Mitgliede 4844 Hammer an den Vorsitzenden geschickte Schreiben wird nach näherer Erkundigung zur gegebenen Zeit durch denselben beantwortet worden.

11. Landsberg II. Das Rechtschutzgefuch des Mitgliedes 3627 Mönke kann erst nach Austrag der Sache durch die dortige Polizei bezw. Schöffengericht zur Beschlussfassung gelangen. Von der Veröffentlichung des eingesandten Berichtes wird vorläufig Abstand genommen.

12. Breslau (Tischler). Unter der Voraussetzung des Eintreffens der geforderten Antragformulare und Berichtes über den Ausstand ist Streikunterstütuung zu zahlen den Mitgliedern: 1283 Paul, 1284 Krause, 1286 Nirdorf, 1304 Kasper, 1315 John, 1339 Schulz, 1348 Jäschke und 1354 Aptyska vom 14. 5. — 1324 G. Haase, 1249 Scharf und 1277 S. Haase vom 15. 5. — 1225 Wittmann und 1275 Bleischwitz vom 14. 5. an.

13. Arbeitslosigkeitsunterstütuung ist zu zahlen: dem Mitgliede 3959 Deike-Leipzig-Ost v. 20. 5. (Beitragabst. 20. B.). — Das Gesuch des Mitgliedes 4401 Schönbrunn-Neckarsulm wird abgelehnt, weil das Mitglied zum Bezuge dieser Unterstütuung wegen zu kurzer Mitgliedschaft noch nicht berechtigt, außerdem auch das Antragformular von denselben nicht unterschrieben ist. — Das Gesuch des Mitgliedes 3885 Neumann-Leipzig-Lindenau wird vertagt bis der letzte Krankenschein desselben sowie ein vollständig ausgefertigtes Antragformular über Arbeitslosigkeitsunterstütuung hier vorliegt.

Zu Arbeit gemeldet: Mitglied 3105 Händel am 10. 5. und 3104 Harre am 14. 5., beide Halle a. S.; — 418 Wedel-Stolz am 14. 5.; — 365 Heinze-Berlin (Erster) am 15. 5.; — 1342 Jeltich-Breslau (Tischler) am 7. 5.; — Roscher-Dr.-Pieschen am 16. 5. Schluss der Sitzung 12 Uhr Vormittags.

Das Bureau: R. Bahlke, Vorsitzender. F. Liebau, Schatzmeister. G. L. Wulff, Generalsekretär.

Verfammlungen.

Mai.

- Allenstein. 27. Nachm. 5 Uhr, Vers. im „Hotel Kopernikus“. Beitragz. 2c.
Banzen. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. Stadt Pitzna“. Beitragz., Gesch.
Berlin (Erster). 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Adalbertstr. 21. Gesch., Versch.
Berlin VI (Pianofortearb.) 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpnickestr. 158 im Hof. Gesch., Beitragz., Versch.
Brandenburg. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schmidt, Kurstr. 51. Beitragz. 2c.
Bromberg. 27. Nachm. 2 Uhr, Vers. b. Wichter, am Fischmarkt. Gesch., Versch.
Bruchsal. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Helmking“, Bahnhofstr. Versch.
Chemnitz. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. „Rest. Grüne Eiche“, Uhligstr. 10. Versch.
Cöln a. Rh. 27. Vorm. 10 Uhr, Vers. im „Rest. Bölgel“, Hohepforte 1. Beitragz.
Cüstrin. 27. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Beitragz., Gesch.
Danzig. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstadt Graben 9. Gesch., Beitragz., Versch.
Dr.-Pieschen. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Fiedler“, Leipzigerstr. 107.
Düsseldorf. 27. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. b. Hambücker, Ost- u. Sternstr.-Ecke.
Duisburg. 27. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Felker, Friedrich-Wilhelmspl. Beitragz.
Elberfeld. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gesundheitsstr. 46. Gesch., Versch.
Frankfurt. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. zur Harmonie“, Nichtstr. 30.
Görlitz (Tischl.). 30. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in d. „Pilgerhäute“, Heilige Grabstr. Gesch., Beitragz., Versch.
Grandenz. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Bürger-Casino“. Beitragz.
Halle. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Stadt Magdeburg“, Martinstr. 9. Berichte.
Jena. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Kaffeehause“. Gesch., Versch.
Kalk. 27. Vorm. 11 Uhr, Vers. im „Rest. Haupt“ Viktoriastr. 73. Gesch., Beitragz.
Karlsruhe. 27. Vorm. 9 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. König v. Preußen“, Adlerstr.
Langensöls. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Pfeiffer. Gesch., Beitragz., Versch.
Lauenburg. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Voh, Stolperstr. Beitragz., Versch.
Lauterbach. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Festung“. Beitragz. 2c.
Leipzig. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Bill's Tunnel“, Klostergasse. Gesch.
L.-Lindenau. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in „Hönisch's Saalbau“, Vitzgenstr. 14.
Lübeck. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Hennings's Gasth.“, Marlesgrube 15. Versch.
Mannheim. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Halben Mond“. Gesch., Beitragz.
M.-Glabach. 27. Vorm. 11 Uhr, Vers. b. Breuer, Alter Markt. Gesch., Beitragz.
Neustadt (Westpr.). 27. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Freundschaftl. Garten“, Wallstr. Gesch., Beitragz. u. A.
Pasewalk. 27. Nachm. 4 Uhr, Vers. Königstr. 6. Beitragz., Versch.
Quedlinburg. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Gasth. Prinz Heinrich“. Gesch. u. A.
Rathenow. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Diesing, Berlinerstr. 14. Beitragz.
Saarbrücken. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Hohenzollern“. Versch.
Sprottau. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth zum Berge“. Beitragz., Gesch.
Pr.-Stargard. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. in d. „Turnhalle“. Gesch., Beitragz., Kassenbericht, Versch.

- Stettin-Grabow und Bredow. 27. Nachm. 4 Uhr, Gemeinsame Versamml. in der „Flora“, Stettin, Pölitzerstr. 26. Besprechung u. Abstimmung über die Forderung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit.
Stolz. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Buggert. Gesch., Beitragz., Versch.
Stolpmünde. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Nothhafen“. Beitragz., Gesch. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.
Striegau. 26. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum schwarzen Bär“. Beitragz.
Zerbst. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Vogel im „Rathskeller“. Beitragz. u. A.

Juni.

- Altwasser. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. zum schwarzen Adler“. Beitragz.
Augsburg. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Cafee National“, Obstmarkt. Gesch.
Berlin (Königst.). 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Köpenickerstr. 65. Beitragz., Gesch.
Berlin (Moabit). 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Spreehallen“, Kirchstr. 27.
Berlin (West). 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Kilmstr. 10, Ecke Göttenstr. Versch.
Berlin (Nord). 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Vereinsang.
Charlottenburg. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Hamusek, Windscheidstr. 29. Gesch.
Cottbus. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. Drei Kronen“, Berlinerplatz.
Forst. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Graßmann, Gerberstr. 26. Beitragz. 2c.
Gleitwitz. 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Hüttengasthaus“. Gesch., Beitragz.
Görlitz II. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. Opak“, Bauenerstr. 43. Beitragz.
Hagen. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Saarmann, Wehringhauserstr. 39. Gesch.
Viegnitz. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zum Kaiserhof“. Gesch., Versch.
Lindau. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. Lindauerhof“. Gesch., Beitragz.
Löbau. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Albertygarten“. Beitragz., Gesch.
Magdeburg. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Güher's Rest.“, Ragensprung 7. Gesch.
Nürnberg II (Wütmer). 2. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Englischen Hof“, Bördere Fischergrasse. Gesch., Versch.
Pasing. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in der „Brauerei Pilsen“. Beitragz. 2c.
Rixdorf. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 199. Beitragz., Gesch.
Rudolstadt. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Restaur. Danz“. Beitragz., Gesch.
Schweidnitz. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. zum blauen Hecht“, Breslauerstr. Gesch. — Beitragz. jeden Sonnabend das.
Siegen. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Sturm, Marburgerthor 13. Beitragz. 2c.
Worms. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Rheintal“, Rheinstr. 4.
Zabrze. 2. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Kolozy's Gasth.“, Glückstr. Beitragz.

Orts- und Medizinalverbände.

- Elberfeld-Barmen. (Ortsverband.) Sonntag, den 27. Mai, Nachm. 5 Uhr, Versamml. in Barmen, Oberdenkmalstr. 90. Vortrag d. Gen. Kreil; Geschäftl., Versch.
Schwelm. (Ortsverband.) Sonntag, den 3. Juni, Abds. 6 Uhr, Vers. bei Ww. Hefeler, Mittelstr. 1. D. daselbst. Um pünktl. Erscheinen w. gebeten.

Anzeigen.

„Die Eiche“ Organ des Gewerkvereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verw. Berufsgenossen. Jahrgang 1899. auf feinem Schreibpapier gedruckt sauber gebunden, ist für Mitglieder, Vereins-Bibliotheken, wie Verbandsgenossen zum Preise von Mk. 3,— einschl. Porto durch die Expedition Berlin O., Münchebergerstrasse 15 II zu beziehen.

PATENTE schnell und sorgfältig durch RICHARD LÜDERS, PATENT-BÜRO in GÖRLITZ.

Mehrere tüchtige Bau- und Möbelschreiner, sowie zwei Lehrlinge werden verlangt im Arbeitsnachweis des Ortsverb. Lüdenscheid. Näh. b. Aug. Hartmann, Grabenstr. 8.

Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Tischler Schweißnitz befindet sich b. Genossen Paul Schubert, Vorwerkstraße 3, S. II.

Der gemeinsame Arbeitsnachweis der Ortsv. d. Tischler Berlin I—VI sowie Charlottenburg, für Jedermann unentgeltlich, befindet sich jetzt Grünstraße 20, pt. Täglich geöffnet Vorm. v. 8—10 Uhr.

Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Tischler Schweißnitz befindet sich b. Genossen Paul Schubert, Vorwerkstraße 3, S. II. Für Berlin befindet sich die Verbandsherberge bei C. Stahlberg, Kaiser Wilhelmstr. 32. — Karten bei allen Berliner Ortsvereinskassirern.